

BEI JOBVERLUST MITTELSCHICHT VON ARMUT BEDROHT

Inflation erhöht
Armutsgefährdung von
Arbeitslosen und prekär Beschäftigten

AKNO

Bei Jobverlust Mittelschicht von Armut bedroht

Inflation erhöht Armutsgefährdung von Arbeitslosen und prekär Beschäftigten

Menschen mit niedrigem Einkommen werden von zwei Seiten in die Armutszange genommen: einerseits steigen die Preise für lebenswichtige Güter, wie Nahrungsmittel und Heizung besonders stark an, andererseits erleiden prekär Beschäftigte und Arbeitslose reale Einkommensverluste. Bei Jobverlust reicht die Armutsgefährdung mittlerweile bis weit in die Mittelschicht hinein. Diese Untersuchung wirft ein Schlaglicht auf die zunehmende Armutsgefährdung. Die wesentlichen Ergebnisse:

- Geringfügig Beschäftigte, unregelmäßig Beschäftigte, Teilzeitkräfte, freie DienstnehmerInnen und vollzeitbeschäftigte NiedriglohnbezieherInnen sind von Einkommensarmut überdurchschnittlich betroffen
- Gleichzeitig sind – bei steigenden Lebenshaltungskosten - wesentlich mehr Menschen auf diese prekären Beschäftigungsverhältnisse angewiesen
- Selbst Beschäftigte mit überdurchschnittlich hohem Lohn stürzen bei Jobverlust in Einkommensarmut
- Soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist in Österreich im europäischen Vergleich besonders schwach
- Ein umfassendes Maßnahmenbündel zur Armutsbekämpfung ist notwendig

Mehr als eine Million ist armutsgefährdet

Einen Einblick in die Armutsgefährdung verschiedener Bevölkerungsgruppen gibt die jährlich durchgeführte EU-SILC¹-Erhebung der Statistik Austria. Aus der jüngsten Erhebung des Jahres 2006 geht hervor, dass 12,6% der Bevölkerung – das sind mehr als eine Million Menschen² – armutsgefährdet sind. Die Schwelle für Einkommensarmut³ lag für einen Einpersonenhaushalt 2006 bei 893 € verfügbarem Gesamteinkommen monatlich.

¹ EU SILC = European Statistics on Income and Living Conditions

² 1.027.000 Personen mit einer Schwankungsbreite von 0,9% bei einer Vertrauenswahrscheinlichkeit von 95%.

³ Die Armutsgefährdungsschwelle wurde international mit 60% des Median-Netto-Äquivalenzeinkommens festgelegt.

Armutsgefährdungsschwelle (60% des Nettomedianeinkommens) für unterschiedliche Haushaltstypen

Haushaltstyp	Monatswerte (2006)
Einpersonenhaushalt	893 €
1 Erwachsener + 1 Kind	1.160 €
2 Erwachsene	1.339 €
2 Erwachsene + 1 Kind	1.607 €
2 Erwachsene + 2 Kinder	1.874 €
2 Erwachsene + 3 Kinder	2.142 €

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2006

Tabelle 1)

Inflation und der Warenkorb von GeringverdienerInnen

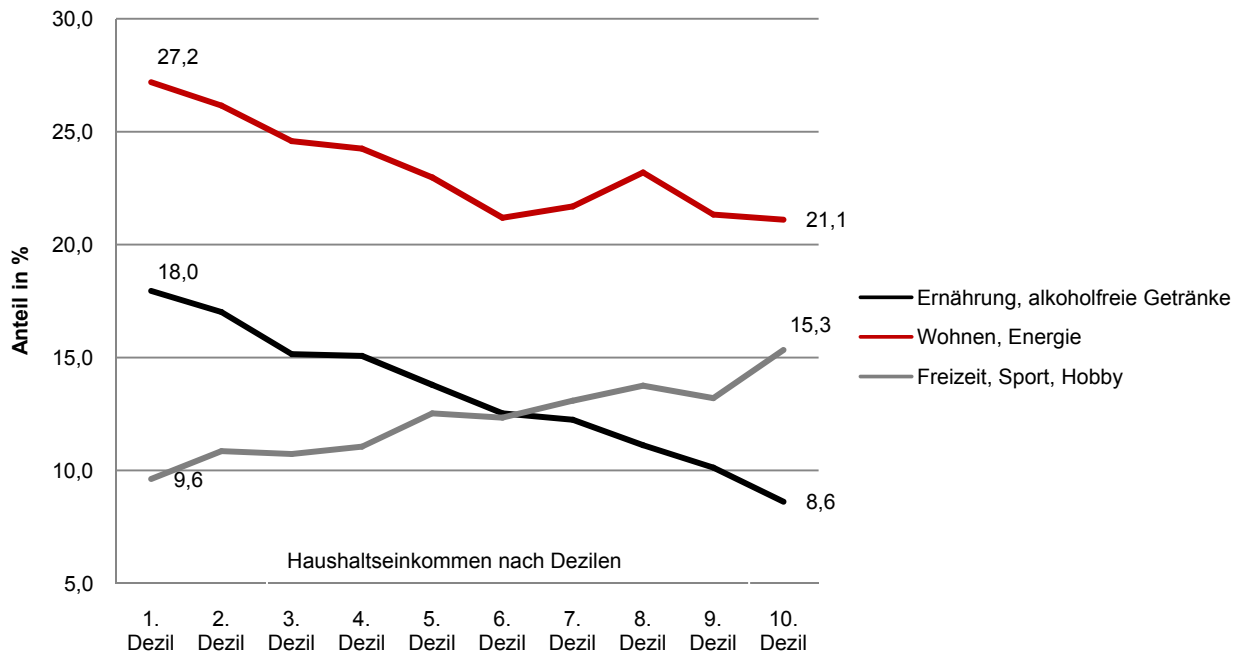
Die hohe Inflation trifft Menschen mit geringem Einkommen am stärksten. Die Nahrungsmittelpreise stiegen zuletzt besonders stark. Nahrungsmittel verteuerten sich im Juni um 6,8% gegenüber dem Vorjahresmonat. Bei „armen“ Haushalten machen Nahrungsmittelausgaben sowie die Kosten für Wohnen und Energie fast die Hälfte der gesamten Haushaltsausgaben aus.

Während die ärmsten 800.000 in Österreich fast jeden fünften Euro (18% des Einkommens) für Nahrungsmittel ausgaben, war es bei den reichsten 800.000 nur jeder zwölfte Euro (8,6% des Einkommens, siehe *Grafik 1*). Auch der Anteil des Einkommens, der für Wohnen und Heizen ausgegeben werden muss, ist umso höher, je geringer das Einkommen ist. Dadurch sind GeringverdienerInnen besonders stark von der hohen Inflation betroffen – viele können sich nur noch lebensnotwendige Güter leisten und müssen auf soziale und kulturelle Teilhabe verzichten. Armut manifestierte sich schon vor der jüngsten Teuerungswelle darin, dass sich beispielsweise 2,1 Millionen ÖsterreicherInnen keinen Urlaub leisten konnten, 840.000 in feuchten und schimmigen Wohnungen leben und immerhin 313.000 Menschen es sich im Winter nicht leisten können, die Wohnung warm zu halten (Statistik Austria, 2006).

Es sind jedoch nicht nur „arme“ Haushalte besonders stark von der Inflation betroffen. Aus der Konsumerhebung⁴ geht hervor, dass die Bevölkerung bis weit in den Mittelstand überdurchschnittlich stark an der Teuerung bei Nahrungsmitteln, Wohnen und Energie leidet. Das liegt daran, dass der Einkommensanteil, der für Nahrungsmittel, Wohnen und Energie ausgegeben wird, bei der ärmeren Hälfte der Bevölkerung überdurchschnittlich hoch ist. Reichere Bevölkerungsschichten geben hingegen überdurchschnittlich viel für Freizeit, Sport und Hobby aus.

⁴ aktuelle Konsumerhebung der Statistik Austria 2004/05

Ausgaben nach Haushaltseinkommen



Quelle: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/05

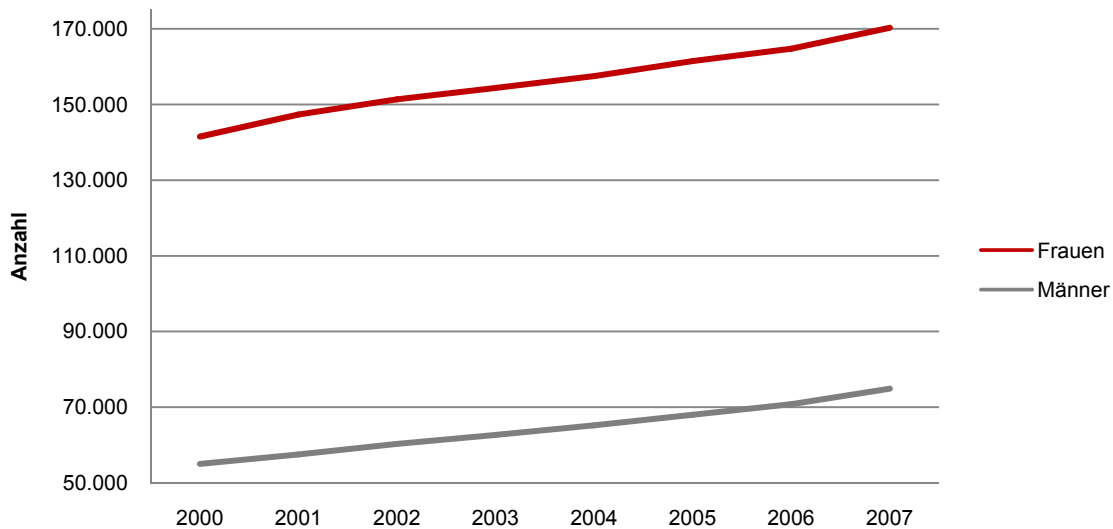
Grafik 1)

Beim Haushaltseinkommen handelt es sich um das sogenannte Äquivalenzeinkommen mit folgender Gewichtung: Die erste erwachsene Person im Haushalt wird mit dem Faktor 1, jede weitere Person ab 14 Jahren mit 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Dezile teilen die Einkommensverteilung in zehn gleich große Teile. Entsprechend umfasst z.B. das 2. Dezil die untersten 20% der EinkommensbezieherInnen und weißt das Einkommen aus wo 20% weniger und 80% mehr verdienen. Beim 5. Dezil (Median) liegen 50% der Einkommen darunter, 50% darüber.

Working Poor in Österreich

Besonders stark von Armut bedroht sind geringfügig Beschäftigte bzw. Beschäftigte, die weniger als 12 Stunden pro Woche arbeiten. Obwohl häufig andere Haushaltsmitglieder ebenfalls einen Anteil zum Haushaltseinkommen beitragen sind 24% dieser Gruppe von Einkommensarmut betroffen. Zwei Drittel der mehr als 280.000 geringfügig Beschäftigten sind Frauen. Zuletzt hat sich der seit Jahren anhaltende Anstieg (siehe Grafik 2) der geringfügigen Beschäftigung sogar noch beschleunigt: so stieg im Juni 2008 die Zahl der geringfügig Beschäftigten um 32.259 gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Mischung aus boomender geringfügiger Beschäftigung und hoher Inflation erzeugt einen gefährlichen Armutscocktail.

Geringfügig Beschäftigte in Österreich



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger

Grafik 2)

Aber auch die große Gruppe der unregelmäßig Beschäftigten, beispielsweise Beschäftigte in Saisonbranchen, WerkvertragsnehmerInnen und freie DienstnehmerInnen sind erhöht armutsgefährdet: 75.000 (16%) leiden unter Einkommensarmut⁵.

85% der Teilzeitbeschäftigten in Österreich sind Frauen. Für Teilzeitbeschäftigte, die mit einer vollzeitbeschäftigten Person zusammenleben, ist die Armutsgefährdung leicht erhöht. Singles und AlleinerzieherInnen, die einer Teilzeitbeschäftigung nachgehen, haben ein deutlich erhöhtes Armutsrisiko. Zwei von drei aller seit 2006 geschaffenen Arbeitsplätze sind Teilzeitjobs, nur jeder dritte neue Job ist ein Vollzeitarbeitsplatz.

Auch MigrantInnen⁶ sind überdurchschnittlich oft prekär beschäftigt. Insgesamt sind AusländerInnen, ÖsterreicherInnen mit Migrationshintergrund, AlleinerzieherInnen sowie allein lebende Frauen besonders häufig von Einkommensarmut betroffen.

Arm trotz Vollzeitarbeit

Selbst Vollzeitbeschäftigung schützt nicht vor Armut: 2006 erhielten laut EU-SILC 84.000 Vollzeitbeschäftigte in Österreich weniger als 1.000 € brutto monatlich.

Von den vollzeitbeschäftigten NiedriglohnverdienerInnen fielen 22% unter die Einkommensarmutsschwelle. Mit 1.1.2008 führten die Sozialpartner im Rahmen einer sozialpartnerschaftlichen Grundsatzvereinbarung einen Mindestlohn von 1.000 € brutto pro Monat ein. Für manche Berufsgruppen gelten 1.000 € Mindestlohn erst ab 2009 und Beschäftigte in freien Berufen (z.B. Rechtsanwaltsgehilfinnen) sind davon nicht erfasst.

⁵ Neben Arbeitslosen und prekär Beschäftigten sind auch in Ausbildung befindliche Personen und haushaltsführende Personen überdurchschnittlich stark von Armutsgefährdung betroffen. PensionistInnen haben hingegen ein leicht unterdurchschnittliches Armutsrisiko.

⁶ Personen mit Migrationshintergrund nehmen weniger staatliche Sozialleistungen in Anspruch als gebürtige ÖsterreicherInnen. Das liegt v.a. an der geringen Zahl an PensionistInnen unter den MigrantInnen.

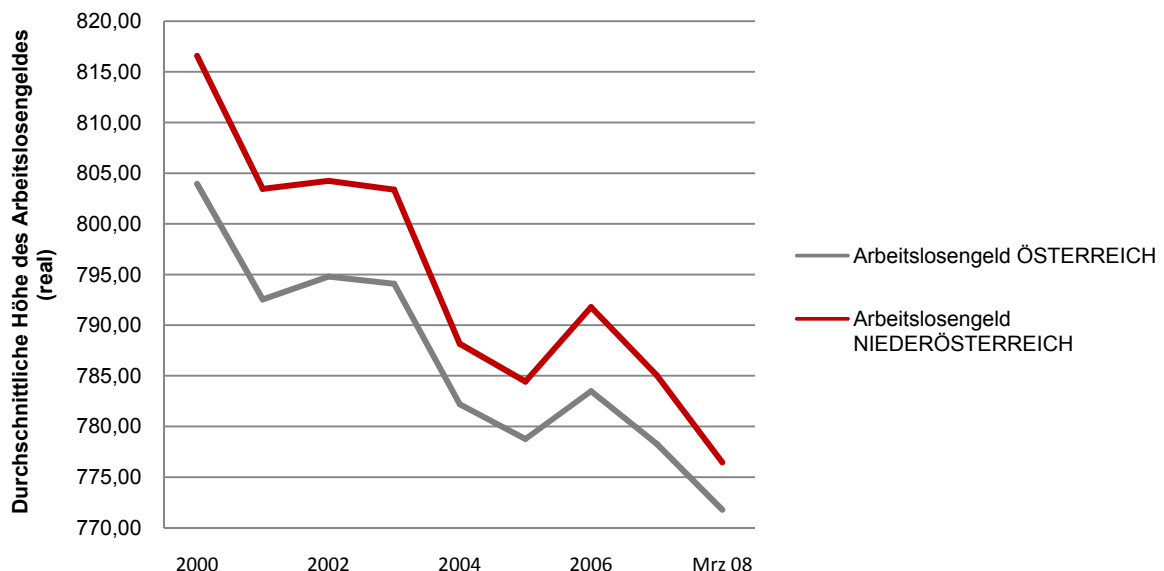
Der Entfall der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für NiedriglohnbezieherInnen seit 1.7.2008 war ein weiterer wichtiger Schritt zur Armutsbekämpfung. Eine nachhaltige Vermeidung von Armut für NiedriglohnbezieherInnen wird jedoch nur durch eine zumindest produktivitätsorientierte (Mindest)lohnpolitik möglich. Das bedeutet, die Löhne müssen jährlich um die Inflation plus die gesamtwirtschaftliche Produktivitätsentwicklung steigen. Im langjährigen Durchschnitt steigt die Stundenproduktivität um gut 1,5%. Eine produktivitätsorientierte (= verteilungsneutrale) Lohnpolitik ist dann gegeben, wenn die Löhne und Gehälter im Durchschnitt um ca. 1,5% stärker steigen als die Inflation. Eine geringere Lohnsteigerung bedeutet, die Unternehmensgewinne wachsen zulasten der Löhne, eine höhere Lohnsteigerung bedeutet, die Löhne wachsen zulasten der Gewinne.

Reale Verluste bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe

Die höchste Armutsgefährdung weisen jedoch Arbeitslose auf: 33% aller Arbeitslosen sind armutsgefährdet. Dieser Wert ist nur deshalb nicht noch höher, weil viele Arbeitslose von ihren PartnerInnen finanziell unterstützt werden. Die Höhe von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe allein lassen mehr als 177.000 oder 83% aller Arbeitslosen unter die Armutsgefährdungsschwelle von 893 € monatlich rutschen. Die Armutsgefährdung von Arbeitslosen nimmt zu, da die Höhe des Arbeitslosengeldes seit vielen Jahren nicht mit der Teuerung Schritt halten kann.

Das Arbeitslosengeld ist seit dem Jahr 2000 real, d.h. inflationsbereinigt, um 4,0% gesunken, die Notstandshilfe ist noch stärker, nämlich um 7,6 % gesunken. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld in Österreich belief sich im März 2008 auf € 771,80, die Notstandshilfe auf € 594,70. In Niederösterreich sank das durchschnittliche Arbeitslosengeld real um 4,9%, das dürfte daran liegen, dass in Niederösterreich überdurchschnittlich viele NiedriglohnbezieherInnen arbeitslos wurden.

Reale Entwicklung des Arbeitslosengeldes in €



Quelle: AMS, eigene Berechnungen, VPI auf Basis März 2008

Grafik 3)

Der Rückgang des Arbeitslosengeldes ist eine Folge der schwachen Einkommensentwicklung. Das unterste Einkommensdrittel musste in den vergangenen Jahren Reallohninbußen in Kauf nehmen. BezieherInnen niedriger Löhne und Gehälter sind häufig wenig qualifiziert und haben ein besonders hohes Arbeitslosigkeitsrisiko. Zuletzt beschleunigte die hohe Inflation den Rückgang des Arbeitslosengeldes. Das hängt auch mit der Berechnung des Arbeitslosengeldes vom Einkommen des Vorjahres (bei Beginn der Arbeitslosigkeit von Jänner bis Juni) bzw. des Vorjahres (bei Beginn der Arbeitslosigkeit ab Juli) zusammen.

Jobverlust bedeutet Armut für den Mittelstand

Der Verlust des Arbeitsplatzes stürzt aufgrund des geringen Arbeitslosengeldes einen Großteil der Betroffenen in die Einkommensarmut. In Österreich erhalten Arbeitslose ein Arbeitslosengeld von nur 55% des vorhergehenden Nettolohns (= Nettoersatzrate). Wer monatlich weniger als 1.993 € brutto verdient und arbeitslos wird, erhält ein Arbeitslosengeld von weniger als 893 € monatlich und fällt unter die offizielle Armutsgrenze des Jahres 2006. Mehr als 60% der ArbeitnehmerInnen – fast die Hälfte der Männer und mehr als drei Viertel der Frauen – bekommt bei Arbeitsplatzverlust ein Arbeitslosengeld unter der Einkommensarmutsgrenze.

Da seit 2006 die Entwicklung der Löhne und Gehälter nicht mit der Inflation Schritt hielt, bedeutet Arbeitsplatzverlust für immer mehr ArbeitnehmerInnen Armut. Und das nicht nur für NiedriglohnbezieherInnen, sondern auch für ArbeitnehmerInnen mit mittleren Einkommen. Mitte 2008 müssen ArbeitnehmerInnen zumindest 2.149 € brutto pro Monat verdienen, um bei Jobverlust über der inflationsbereinigten Einkommensarmutsgrenze zu bleiben. Eine Arbeitslosenversicherung, die Armut nicht verhindern kann und Arbeitslose von Ersparnissen oder der Unterstützung durch Familienangehörige oder Freunde abhängig macht, ist unzureichend und sollte reformiert werden. Die zahlreichen Ankündigungen von Massenkündigungen der letzten Wochen und die prognostizierte steigende Arbeitslosigkeit verdeutlichen die Dringlichkeit einer Reform.

Längere Arbeitslosigkeit verschärft Armutsproblematik

Der Bezug von Arbeitslosengeld ist auf 20 Wochen (bei langer Versicherungsdauer und höherem Alter auf bis zu 52 Wochen) begrenzt. Wer bis dahin keine neue Beschäftigung gefunden hat, erhält Notstandshilfe. Die Notstandshilfe ist jedoch keine Versicherungsleistung, sondern bedarfsabhängig, das heißt, vom PartnerInneneinkommen abhängig. Die PartnerInneneinkommensanrechnung verschlechterte sich in den vergangenen Jahren beträchtlich. Als Folge davon ist die durchschnittliche Notstandshilfe real um 7,6%, in Niederösterreich um 7,8% gesunken.

Reale Entwicklung der Notstandshilfe



Quelle: AMS, eigene Berechnungen, VPI auf Basis März 2008

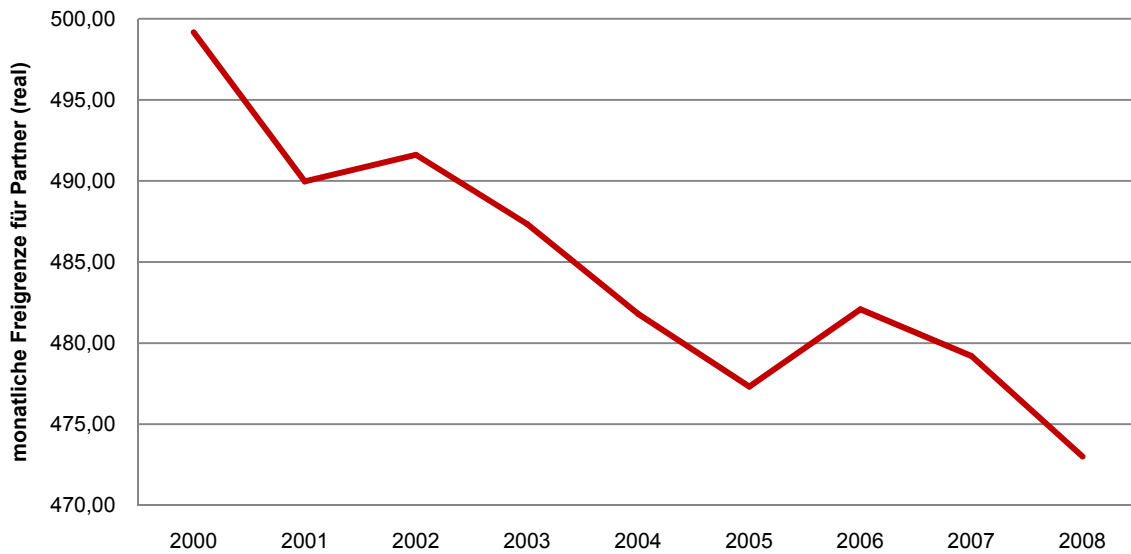
Grafik 4)

Der Grund für das besonders starke Sinken der Notstandshilfe ist die unzureichende Anpassung der Freigrenzen. PartnerInnen sind dazu verpflichtet, einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens an die arbeitslose Partnerin/den arbeitslosen Partner abzutreten. Die Freigrenze – also der Betrag den beschäftigte PartnerInnen für ihr eigenes Leben verwenden können - beträgt nur mehr 473 € pro Monat. Die Freigrenze wird jährlich angepasst, die Anpassung liegt jedoch in den meisten Jahren unter der Inflationsrate (siehe *Grafik 5*).

Negative Arbeitsanreize für PartnerIn

Außerdem gibt es bei der Notstandshilfe sehr ungünstige Anreizwirkungen: jeder zusätzlich verdiente Euro senkt die Notstandshilfe der Partnerin/des Partners um ebenfalls einen Euro. Trotz Lohnerhöhungen oder Überstunden bleibt das Familieneinkommen gleich, während die Lebenshaltungskosten steigen. Umgekehrt erhöht ein geringeres Arbeitseinkommen die Notstandshilfe, es gibt also Anreize weniger zu arbeiten.

Entwicklung der Freigrenzen



Quelle: AMS, eigene Berechnungen, VPI auf Basis März 2008

Grafik 5)

Frauen besonders häufig betroffen

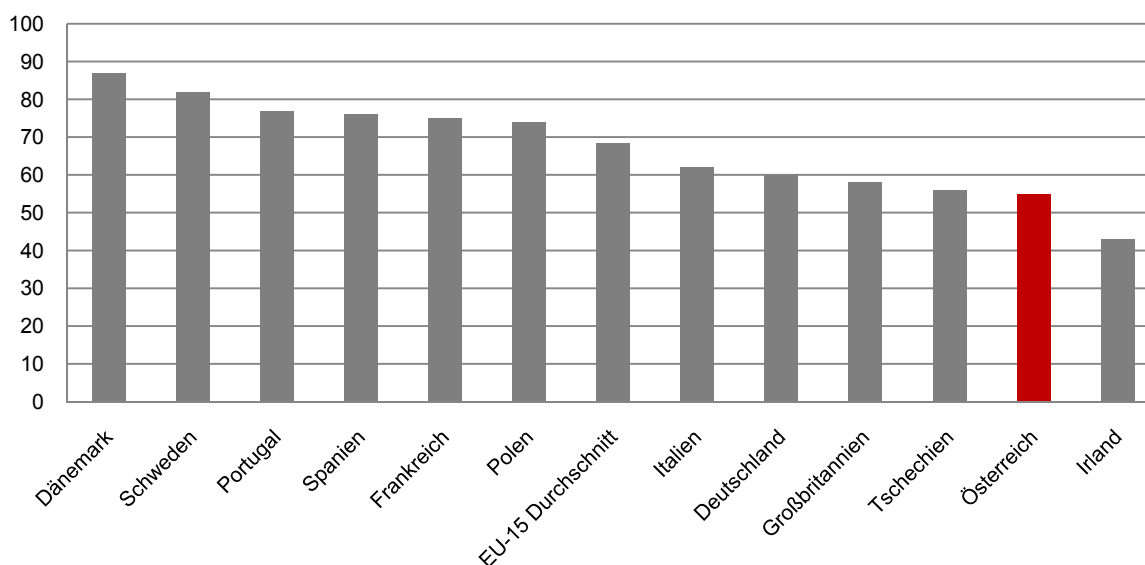
Durch die erheblich geringeren Löhne und Gehälter ist das Arbeitslosengeld für Frauen mit durchschnittlich 681,84 € monatlich um 22,4% geringer als jenes der Männer. Bei der Notstandshilfe ist die Situation sogar verschärft: viele Frauen erhalten keine Notstandshilfe. Eine Frau, die vor der Arbeitslosigkeit monatlich 1.000 € netto verdiente und arbeitslos wird, erhält nach 20 Wochen Arbeitslosigkeit keine Notstandshilfe, wenn ihre Partnerin/ihr Partner mehr als 1.090 € netto verdient. Damit rutschen viele Paare unter die Armutsgrenze.

Die durchschnittliche Notstandshilfe für Frauen war im März 2008 mit 516,39 € monatlich um 25,4% geringer als jene der Männer.

Schwache soziale Absicherung im europäischen Vergleich

Die soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit in Österreich ist im internationalen Vergleich besonders schwach (vgl. OECD, Benefits and Wages 2007). Vor allem NiedriglohnbezieherInnen sind wenig abgesichert. Mit einer Lohnersatzrate von 55% liegt Österreich bei NiedriglohnbezieherInnen weit unter dem EU-15-Durchschnitt von mehr als 68%. Nicht nur im viel zitierten Skandinavien, auch in Polen und Tschechien sind Arbeitslose sozial besser abgesichert. In Dänemark, dem Land mit der geringsten Arbeitslosigkeit und der höchsten Beschäftigungsquote, bekommen Arbeitslose fast 90% ihres letzten Lohns. Lediglich in Ungarn, Griechenland und Irland ist die soziale Absicherung geringer.

Netto-Ersatzraten in % für NiedriglohnbezieherInnen



Quelle: OECD: Benefits and Wages, 2007,

NiedriglohnbezieherIn: 2/3 des Durchschnittslohns von Beschäftigten, Einzelperson ohne Kind

Grafik 6)

Bezugsdauer von Arbeitslosengeld im europäischen Vergleich

Die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs in Österreich ist im europäischen Vergleich gering. Einzig Spanien hat eine kürzere Mindestdauer (17 Wochen). In Österreich ist die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs von der Dauer der vorangegangenen versicherungspflichtigen Beschäftigung sowie vom Alter abhängig. All jene Personen, die zwischen einem und drei Jahren versicherungspflichtig beschäftigt waren, erhalten bis zu 20 Wochen Arbeitslosengeld. Nach mehr als 3 Jahren versicherungspflichtiger Beschäftigung erhöht sich die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf 30 Wochen. Die höchstmögliche Dauer des Arbeitslosengeldbezugs in Österreich beträgt 52 Wochen – nur in Italien und Großbritannien ist die höchstmögliche Bezugsdauer kürzer.

Erforderliche Maßnahmen

Um das durch die Inflation verstärkte Armutsrisiko wirksam und nachhaltig zu bekämpfen, sollte ein Maßnahmenbündel geschnürt werden. Dabei sind sowohl Regierung als auch Sozialpartner gefordert. Einmalmaßnahmen mögen zwar kurzfristige Erleichterung bringen, ändern aber nichts an den Ursachen von Armut und sind daher nicht nachhaltig.

Besonders gute Wirkungen – aber nur langfristige – haben soziale Investitionen wie beispielsweise in Bildung und Höherqualifizierung (aktive Arbeitsmarktpolitik), in Kinderbetreuungseinrichtungen oder in gesundheitliche Prävention. Sie wirken nicht nur gegen Einkommensarmut, sondern erhöhen für Betroffene die Chancen und Möglichkeiten, das eigene Leben zu gestalten. Gleichzeitig müssen soziale Sicherungen wie Arbeitslosengeld und Notstandshilfe armutsfest werden. Ein wirksames Maßnahmenbündel muss an mehreren Punkten gleichzeitig ansetzen und Anreizwirkungen beachten. Ein solches Bündel sollte unter anderem folgende Punkte beinhalten:

- Umfassende Lohnsteuerreform, die einen wesentlich höheren Steuerbonus für GeringverdienerInnen und einen deutlich niedrigeren Eingangssteuersatz beinhaltet
- Eine zumindest produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die v.a. NiedriglohnbezieherInnen zu Gute kommt
- Verstärkte Investitionen in aktive Arbeitsmarktpolitik, insbesondere in Höherqualifizierung (z.B. Facharbeiter-Innenausbildungen), damit Armutsgefährdete bessere Berufs- und Einkommenschancen erreichen
- Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen
- Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf europäisches Niveau (zumindest 75%)
- Deutliche Erhöhung der Freigrenzen bei der Notstandshilfe und nur teilweise Anrechnung von PartnerInnenneinkommen, um Arbeitsanreize aufrechtzuerhalten
- Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld sowie eine jährliche Inflationsanpassung bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe
- Verringerte Besteuerung von Lebensmitteln, weil davon BezieherInnen geringer und mittlerer Einkommen besonders profitieren
- Rasche Einführung einer bedarfsorientierten Mindestsicherung

Literaturliste:

Arbeitsmarktservice Österreich, Daten 2000 – 2007.

Buxbaum, Adolf und Claudia Tschernutter und Matthias Koderhold (2007), „Einkommensanalyse 2006“ , Arbeiterkammer Niederösterreich, Wien.

Buxbaum, Adolf und Marc Pointecker und Matthias Koderhold (2008), „Arbeitsmarktpolitik, Vorzeigemodelle für Österreich“, Arbeiterkammer Niederösterreich, Wien.

Europäische Kommission (2008), „MISSOC-Datenbank - Informationssystem zur gegenseitigen Information über die soziale Sicherheit“, Brüssel.

Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Daten 2000 – 2007.

OECD (2008), „Benefit and Wages 2007“, Paris.

Statistik Austria (2007), „Arbeitskräfteerhebung 2006“, Wien.

Statistik Austria (2007), „Einkommen, Armut und Lebensbedingungen: Ergebnisse aus EU-SILC 2006“, Wien.

Statistik Austria (2007), „Konsumerhebung 2004/2005“, Wien.

Statistik Austria (2008), „Arbeitsmarktstatistik – 1. Quartal 2008, Wien.